

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011) (Plenarsitzung vom 18.05.2011)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Vielen Dank, Herr Dr. Papke. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Herr Sagel.

Rüdiger Sagel*) (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Linke ist hier mit dem Versprechen für mehr soziale Gerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen angetreten. Ich glaube, wir haben im Haushaltsverfahren auch deutlich gemacht, wie wir das realisieren wollen. Leider ist es so, dass die Landesregierung nur zaghafte Schritte in Richtung eines Politikwechsels und für mehr soziale Gerechtigkeit erkennen lässt.

Wir haben beschlossen, uns zum zweiten Mal zu einem Haushalt zu enthalten. Ich sage dies an dieser Stelle so deutlich, weil es kein Dauerzustand sein wird. Unser Ziel ist – das sage ich auch sehr deutlich, nachdem wir den Regierungswechsel eingeläutet haben, der erst durch uns zustande gekommen ist, denn wir wissen ja, dass SPD und Grüne am Anfang sehr zögerlich waren und erst keine Minderheitsregierung bilden wollten –, jetzt den Politikwechsel anzugehen. Deswegen ist es natürlich notwendig, dass wir diesen CDU/FDP-Haushalt, der im Moment immer noch Grundlage des Haushaltsverfahrens ist, endlich beiseite geräumt wird und wir einen anderen Haushalt bekommen.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Wir müssen endlich Schluss machen mit dieser CDU/FDP-Regierungspolitik, die sich bis jetzt noch in dieses Jahr hineinzieht.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben nicht nur den Regierungswechsel ermöglicht, wir wollen jetzt in der Tat den Politikwechsel. Wir haben deswegen eine Vielzahl von Änderungsanträgen gestellt. Auch heute haben wir noch einmal zu dieser Haushaltsberatung sechs Änderungsanträge gestellt. Wir wollen mehr Förderung im Frauenbereich. Wir wollen dafür sorgen, dass Frauenhäuser endlich vernünftig gefördert werden. Wir wollen, dass endlich mehr Geld für die Kommunen bereitgestellt wird, und wir wollen auch im sozialen Bereich, beim KiBiz und bei den Kindertagesstätten eine bessere Ausstattung. Das heißt: Wir wollen – das ist unser Ziel – irgendwann erreichen – ich hoffe, dass es mit dieser Regierung noch möglich wird –, tatsächlich zu einer gebührenfreien Bildung in den

Kindertagesstätten zu kommen. Das sage ich an dieser Stelle so explizit.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben natürlich schon festgestellt, dass Links gewirkt hat, und zwar schon bei der Haushaltsaufstellung. Wir haben sehr deutlich zur Kenntnis genommen – das ist sicherlich auch ein positives Signal, das man anerkennen muss –, dass 650 Millionen € mehr für die Kommunen und 380 Millionen € mehr für die Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt werden und dass es in diesem Landeshaushalt insgesamt 1.908 zusätzliche Stellen gibt. Das sind für uns wichtige Punkte. Deswegen sehen wir die Möglichkeit, uns bei der Abstimmung über diesen Haushalt zu enthalten. Nichtsdestotrotz wollen wir einen Politikwechsel. Wir halten ihn nach wie vor für dringend notwendig. Gerade im Sozial- und Bildungsbereich muss deutlich mehr gemacht werden. Auch die Finanzen der Kommunen sind weiterhin in einer dramatischen Stieflage. Die Städte und Gemeinden können zum großen Teil die Dinge, die sie eigentlich ihren Bürgerinnen und Bürgern anbieten müssten, nicht mehr anbieten. Da besteht von unserer Seite aus dringender Nachholbedarf.

(Beifall von der LINKEN)

Leider bleibt die Landesregierung hinter ihren Versprechungen deutlich zurück.

Wir haben gehört, was CDU und FDP heute erklärt haben. Sie haben entgegen Ihrer Versprechungen, die Sie in der Vergangenheit gemacht haben, keine Haushaltskonsolidierung betrieben. Sie haben in der letzten Legislaturperiode 23 Milliarden € neue Schulden gemacht.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Sie als CDU haben nicht nur eine Politik der sozialen Kälte betrieben, sondern auch dafür gesorgt, dass die Situation der Menschen in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren deutlich schlechter geworden ist.

(Beifall von der LINKEN und von Serdar Yüksel [SPD])

Dies haben Sie mit Ihrer Politik „Privat vor Staat“ gemacht: Sie haben drastisch gekürzt. Wenn man der CDU eine Politik der sozialen Kälte konstatieren muss, dann muss man der FDP sagen, dass bei ihr soziale Eiszeit herrscht. Das ist die Realität, und das erleben wir auch heute. Sie wollen in

verschiedensten Bereichen kürzen. Der eigentliche Hammer ist aber, dass Sie die Haushaltsstelle für die Beratungsstellen gegen Rechtsextreme und rassistische Gewalt auf null setzen wollen. Das muss man sich einmal vorstellen. Offensichtlich wollen Sie gegen Rechtsextremismus nichts mehr machen. Das steht aber auch ein bisschen in Ihrer Tradition, wenn man sich einmal Ihre Vergangenheit im Landtag Nordrhein-Westfalen ansieht.

(Beifall von der LINKEN)

Ich komme zur CDU. Es ist sehr interessant, was Sie hier machen. Herr Laumann wirft uns Unverschämtheiten vor, die man scharf zurückweisen muss. Hierzu werden wir ja morgen noch eine Debatte erleben. Herr Laumann, offensichtlich leben Sie noch im Zeitalter des Absolutismus. Das muss man aus dem schließen, was man heute wieder von Ihnen gehört hat.

Interessant ist allerdings – das will ich an dieser Stelle nicht verhehlen –, dass Sie, CDU und FDP, einem Antrag der Linken zugestimmt haben, nämlich die Mittel für die TatKraft-Tour von Frau Ministerpräsidentin Kraft um 250.000 € zu kürzen.

(Beifall von der LINKEN)

Da war die CDU nicht in der Lage, einen abstimmungsfähigen Antrag vorzulegen. Von daher mussten Sie unserem Antrag zustimmen.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Dasselbe gilt für den Antrag zu den Studiengebühren. Das, was Sie heute vorgelegt haben, geht rechtlich überhaupt nicht. Sie müssen das Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren ändern. Dies können Sie nicht mit einem Haushaltsantrag machen. Sie sitzen schon seit Ewigkeiten im Landtag und sind nicht in der Lage, beschlussfähige Anträge aufs Papier zu bringen. Das ist unglaublich.

(Beifall von der LINKEN)

Nehmen Sie sich ein Beispiel an uns. Wir haben im Vorfeld 87 Änderungsanträge gestellt und stellen heute sechs weitere Anträge, um eine bessere und sozialere Politik in Nordrhein-Westfalen zu betreiben. Ich hoffe, dass wir an der einen oder anderen Stelle Zustimmung erfahren. Wir sagen

jedenfalls: Original sozial auch nach der Wahl. Dafür stehen wir, und dafür werden wir weiter kämpfen und weiter Druck von links machen. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Sagel. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Dr. Walter-Borjans.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Sagel.

Rüdiger Sagel*) (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es gehört ja fast schon zur guten Tradition dieses Hauses, dass ich als Letzter zum Haushalt rede. Aber ich wollte jetzt gar keine Grundsatzrede halten, sondern das Thema „WestLB“ aufgreifen, das vom Finanzminister in der Debatte gerade noch einmal angesprochen wurde.

Ich möchte für die Linke-Fraktion deutlich machen, was wir hier heute nicht tun: Wir enthalten uns heute bei der Abstimmung über den Haushalt, aber wir stellen keine Blankoschecks aus.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Herr Laschet, das gilt offensichtlich auch für Ihre Fraktion. Ihr Kollege Weisbrich hat ja gerade deutlich gemacht, dass Sie da gewisse Probleme haben. Ich sagen Ihnen sehr deutlich: Mit der WestLB und der Politik, die da gemacht wird, haben wir nach wie vor sehr große Probleme.

Herr Finanzminister, an Ihre Adresse folgende Bemerkung: Wir haben einfach Probleme damit, dass wir nicht wissen, was die EU-rechtlichen Folgen dessen wären, was Sie jetzt vorschlagen wollen. Einen konkreten Vorschlag und die entsprechenden Anträge haben Sie heute ja nicht eingebracht.

Ich konstatiere sehr deutlich: Wir Linke nehmen sehr wohl wahr und finden es auch sehr gut, dass hier mehr Transparenz eingekehrt ist, dass Sie als Finanzminister uns deutlich mehr Informationen über das geben, was in und mit der WestLB geschieht, als das bei CDU und FDP der Fall war. In den letzten drei Jahren habe ich, als ich für die Linke alleine hier im Landtag war, immer wieder von der Mauer des Schweigens gesprochen, die der ehemalige Finanzminister Linssen bezogen auf die WestLB aufgebaut hat. Die Auswirkungen der Politik, die da jahrelang gemacht wurde, und die Verfehlungen erleben wir noch heute. Bei der WestLB wurden Milliardenverluste erwirtschaftet, und die Banker sind mit Millionenabfindungen nach Hause geschickt worden.

Wir wollen eine andere Politik in Bezug auf die WestLB. Wir wollen noch mehr Transparenz. Wir

wollen vor allem, dass das EU-rechtlich sauber geklärt wird. Wir haben große Probleme damit, dass Blankoschecks ausgestellt werden und somit Kreditrisiken entstehen, und lehnen das deswegen zum jetzigen Zeitpunkt auch vollständig ab. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Sagel. – Wir sind damit am Ende der Rednerliste.